



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/65 - 18. März 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Zurück aus Ghana</u> Von Dr. Georg August Z i n n, Hessischer Ministerpräsident	83
3	<u>Überflüssiger Alleingang</u> Zu Adenauers Vorschlägen in Washington	35
4 - 5	<u>Auch als Minister versagt</u> Oberländer und die vertriebenen Bauern Von Richard Reitzner, MdB	85
6	<u>Widerwillen gegen Appell des Kanzlers</u> Massiver Mittelstandsprotest gegen Heizölsteuer Ein bezeichnender Brief	37
7	<u>Bonn und Südafrika</u> Eine Freundschaft, auf die man nicht stolz sein kann	32
7	<u>Das Dritte Reich und seine Legenden</u> Verdienstvolle Publikation des "Vorwärts"	17

Zurück aus Ghana

Von Dr. Georg August Z i n n ,
Hessischer Ministerpräsident

"Wird Ghana tun, was Guinea getan hat?" Es war die erste Frage, die mir gestellt wurde, kaum daß ich - soeben auf dem Frankfurter Flughafen eingetroffen - wieder deutschen Boden unter den Füßen hatte.

Nun, ich glaube nicht, daß es in absehbarer Zeit zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Ghana und der Sowjetzone kommen wird. Ich habe dort eine ganze Anzahl von Gesprächen geführt, mit Diplomaten und mit anderen Leuten, die einiges von den Zeitläufen verstehen, nicht zuletzt natürlich mit maßgebenden Politikern des Landes. Die Eindrücke, die ich bei diesen Gesprächen empfang, ermutigen mich zu meinem Urteil. Außerdem ist Ghana nicht Guinea. Und Dr. Kwame Nkrumah ist nicht Sekou Touré. Andererseits müssen wir uns aber klar darüber sein, daß ein und dieselbe Sache sehr verschieden aussehen kann, je nachdem, wo sie erlebt wird.

Wenig Verständnis für "Hallstein-Doktrin"

Wir saßen in dem großräumigen, unmittelbar am Meer stehenden Gouverneurs-Palast, der in Akkra unser Quartier war, und frühstückten. Dann wurden uns die ghanaischen Zeitungen hingelegt. Die Vorgänge waren, den Eindruck haben wir gleich bei der ersten Lektüre gehabt, völlig korrekt und leidenschaftslos dargestellt, etwa in der "Ghana-Times". Wir konnten uns ein Bild von dem machen, was geschehen war, aber auch von dem, was die öffentliche Meinung in Ghana davon hielt. Das Verhalten Guineas wurde nicht gebilligt. Freilich fanden wir auch wenig Verständnis für das, was die Hallstein-Doktrin genannt wird.

Daß man in Afrika andere Begriffe von der Ost-West-Problematik hat, versteht sich von selbst. Daß jedes der beiden Teile Deutschlands behauptet, das "richtige" Deutschland zu sein, wird nicht begriffen. Aber daß wir Deutschen ein Verlangen nach Wiedervereinigung haben, das wird sehr gut verstanden. Schließlich ist Ghana das Land, in dem der Gedanke einer afrikanischen Pöderation konzipiert wurde und wo die erste afrikanische Konferenz stattfand.

Besuch in der richtigen Stunde

Ich glaube, es war der Sache der Bundesrepublik recht nützlich, daß wir in Ghana waren und gerade zu diesem Zeitpunkt. Die Zone hatte dort nämlich aus Anlaß der Jubiläumsfeierlichkeiten eine Industrieausstellung vorbereitet, die offenbar nicht ungeschickt aufgezogen war. Wir kamen in der richtigen Stunde an. Die Ausgabe der "Ghana-Times", die über die Eröffnung dieser Ausstellung berichtete, brachte auch den Bericht über die Ankunft der hessischen Gäste, und zwar in einer Weise, die an Herzlichkeit und äußerem Ausmaß dem Vorgang selbst durchaus gerecht wurde. Wir wurden auf dem Flugplatz Akkra immerhin von sechs Ministern begrüßt, darunter dem Finanz-, dem Wirtschafts-,

dem Verkehrs- und dem Außenminister.

Zu solchen für uns vorteilhaften Gegenüberstellungen kam es in unserer afrikanischen Woche noch des öfteren. Als ich an einem der letzten Tage eine Pressekonferenz gab, in der ich dem Lande Ghana eine Anzahl Ausbildungsplätze für Ingenieure, Werkmeister und Mechaniker in Aussicht stellte, da wurde das in größter Aufmachung auf der ersten Seite, mit Fortsetzungen im Inneren des Blattes, dargestellt. Ein Angebot der Zone, junge Ghanaleute in der mitteldeutschen Landwirtschaft auszubilden, wurde in wesentlich kürzerer Form im Inneren des Blattes notiert.

Aktives Pankow

Wir müssen die Rührigkeit sehen, mit der von der anderen Seite draußen gearbeitet wird. Die Regierung der Zone unterhält in Ghana eine Handelsvertretung, die 18 Mann stark ist. Das ist mehr als doppelt soviel wie der Bestand der deutschen Botschaft in Akkra! Dabei ist der reale Warenaustausch zwischen Ghana und der Bundesrepublik etwa zehnmal so groß wie der mit der Zone. Wiederholt bekamen wir bittere Bemerkungen über die mangelnde Aktivität des Westens zu hören, besonders in Gesprächen mit ausländischen Diplomaten. Der Westen, so wurde gesagt, dürfe nicht so umständlich und langweilig operieren. Er müsse dem Osten das Tempo und die Entschlossenheit des Handels absehen.

Vertrauen gegen Vertrauen

Andererseits, meine ich, muß man wohl in den Grenzen bleiben, die der Takt gebietet. Die hessischen Beziehungen zum Lande Ghana reichen immerhin schon einige Jahre zurück. Wenn sie sich auf so erfreuliche (für beide Seiten erfreuliche) Weise entwickelt haben, so liegt das wohl daran, daß sie ohne jeden Gedanken an kommerzielle oder gar politische Ziele zustande kamen. Wir wollten helfen und nichts weiter. Darum haben wir das Vertrauen der Männer von Ghana gefunden.

Ich habe wiederholt erklärt, gerade auch bei den zahlreichen Anlässen, die es in Ghana gab, daß wir sehr konkrete Gründe für unsere Haltung gegenüber den afrikanischen Freunden haben. Auch wir haben einmal mit dem Aufbau anfangen müssen. Auch wir haben einmal Hilfe gebraucht. Und wir haben nicht vergessen, daß sie uns gegeben wurde, von den Engländern wie auch ganz besonders von den Amerikanern.

Der afrikanische Mensch hat offenbar ein sehr feines Empfinden für die Motive des Handelns seiner europäischen Partner. Als wir uns in einem der letzten Gespräche bereit erklärten, dem jungen Staat bei der Ausbildung von Kräften behilflich zu sein, die später in die Verwaltung gehen sollen, da wurde dieser Gedanke mit wahrer Begeisterung aufgenommen.

Überflüssiger Alleingang
Zu Adenauers Vorschlägen in Washington

sp - Das Echo, das Bundeskanzler Dr. Adenauer mit seiner überraschend in Washington vorgebrachten Volksabstimmungsidee für Berlin in der westlichen Welt ausgelöst hat, zeigt, daß es zwar in Bonn möglich ist, "einsame Treppenbeschlüsse" zu fassen, daß man jedoch in der internationalen Politik bei Anwendung gleicher Methoden in die Gefahr gerät, sich zu isolieren.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, der noch kurz vor dem Abflug Adenauers nach den USA mit dem Außenminister gesprochen hat, ohne auch nur andeutungsweise von einem solchen Plan unterrichtet zu werden, hat sofort die Gefahr erkannt, die sich aus dem Alleingang Adenauers in Washington ergibt. Er verwies mit Recht darauf, wie klar die Berliner Bevölkerung bei den Wahlen im Dezember 1958 - also nach dem Chruschtschow-Ultimatum - ihr Bekenntnis zur Freiheit abgelegt hat, weil er weiß, daß gegenwärtig diese Verschärfung der Spannung zwischen Ost und West, hervorgerufen durch Alleingänge, wiederum die Möglichkeit eröffnen würde, daß man bei kommenden internationalen Konferenzen das Berlin-Problem isoliert behandelt. Dieser Gefahr will Willy Brandt vorbeugen; er tut recht daran.

Die Amerikaner haben inzwischen ihre Verbündeten höflich aber bestimmt darüber unterrichtet, daß in den Besprechungen zwischen Präsident Eisenhower und Bundeskanzler Adenauer zwar dem gemeinsamen Willen zur Erhaltung der Freiheit Berlins Ausdruck gegeben wurde, daß jedoch keineswegs eine Festlegung auf die Verhandlungstaktik mit den Russen erfolgte.

Adenauer wollte offenbar etwas ganz anderes. Was er in Wirklichkeit anstrebt, ist noch nicht ganz klar; es wird sich jedoch bald herausstellen.

Es erhebt sich jetzt die Frage, wie im Interesse der deutschen Sache einer weiteren Isolierung der offiziellen westdeutschen Politik begegnet werden kann. Ein Erfolg des Westens wird auf der Gipfelkonferenz nur zu erzielen sein, wenn Übereinstimmung zwischen Berlin, Bonn und den Westmächten besteht. Eine solche Übereinstimmung läßt sich durch "einsame Treppenbeschlüsse" nicht erzielen, auch nicht dadurch, daß Bundespressechef von Eckardt von den USA aus am laufenden Band "Erfolgsmeldungen" fabriziert. + + +

Auch als Minister versagt

Oberländer und die vertriebenen Bauern

Von Richard Reitzner, MdB

Wie aus der Presse zu ersehen ist, hat der Herr Bundeskanzler Dr. Adenauer den Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, aufgefordert, alles zu tun, um den aus der SBZ geflüchteten Bauern zu helfen. Minister Lemmer hat zugesagt, dies zu tun.

In der Tat richtet sich in der letzten Zeit der Hauptstoß der Pankower Machthaber gegen Bauern, Gewerbetreibende und Kaufleute. Landwirte, die seit Jahrhunderten ihr eigenes Land bebauen, werden enteignet und vertrieben. Die Lage ist in jeder Hinsicht tragisch und wir in der Bundesrepublik müssen dieser ernstesten Lage unsere ganze Aufmerksamkeit und Sorge widmen. Sie ist nicht nur ein wirtschaftliches und soziales, sie ist auch ein politisches und nationales Problem erster Ordnung.

Bundestag und Bundesregierung müssen nun energisch eingreifen und handeln. Obwohl für das Schicksal der heimatvertriebenen und geflüchteten Landwirte das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte zuständig ist, wandte sich der Bundeskanzler an den Minister für gesamtdeutsche Fragen. Ob Zufall oder Absicht, soll dahingestellt bleiben. Solange aber Prof. Dr. Oberländer im Amt ist, sollte es seine Aufgabe sein, pausenlos für die Eingliederung und Selbstmachung der heimatvertriebenen und geflüchteten Bauern zu wirken. Im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 26. Februar 1960 hat zwar das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte statistisches Material über das Ergebnis der Förderungsmaßnahmen auf Grund des Flüchtlings-siedlungsgesetzes und des Bundesvertriebenengesetzes zugunsten der vertriebenen Landwirte und der SBZ-Flüchtlinge berichtet, jedoch nicht gesagt, was die Regierung weiter zu tun gedenke. Als "Eingliederungsergebnis" wird vom Ministerium die Zahl der von Vertriebenen und Flüchtlingen übernommenen Stellen mit 114 933 angegeben; davon sind allerdings 75 Prozent auf Nebenerwerbstellen angesetzt. Über 100 000 warten noch auf Höfe und 200 000 Bauernfamilien waren gezwungen, in die Industrie zu gehen.

Wie wir wissen, sind die heimatvertriebenen und geflüchteten Landwirte in ihrer übergroßen Mehrheit ein geduldiges und ruhiges Volk, das dafür sehr stiefmütterlich behandelt wurde. Eine Verstärkung und Beschleunigung der Eingliederung, Betriebsfestigung, Sicherung der Altersversorgung und ausreichende Möglichkeit der Ausbildung der bäuerlichen Flüchtlingsjugend ist dringend notwendig. Der Bauernverband der Vertriebenen hat bereits auf seiner letzten Arbeitstagung feststellen müssen, daß während der vergangenen 1 1/2 Jahre keine Fortschritte in den Einzelfragen erzielt worden sind. Die landlosen Bauern einzugliedern und ihnen auch in der stark bevölkerten Bundesrepublik wieder zu einem Stück Land zu verhelfen, sollte in der Rang-

ordnung an vorderster Stelle stehen. Wir sollten ja froh sein, daß es noch so viele Vertriebene gibt, die Bauern und damit Nährstand des Volkes bleiben wollen.

Zusammenfassend muß man feststellen, daß die Anstrengungen der Regierung auf diesem Gebiet und für diesen Personenkreis unbefriedigend sind. Auch die seit einem Jahr gegebene Hilfe mit der vorzeitigen Auszahlung der Hauptentschädigung bringt nur in Einzelfällen Erleichterungen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat nicht nur seit Jahren rasche und praktische Eingliederungsmaßnahmen verlangt, sie forderte eine planvolle Eingliederung. Was aber tatsächlich geschieht, sind ratenweise Hilfsmaßnahmen für eine lange unüberschaubare Zeit.

Ich möchte hier angeben, was ich bereits im Leitfaden 1957, Heft 5/9 schrieb. Ich zitiere wörtlich:

"Eingliederungsaufgaben können nur im Rahmen eines umfassenden Sozialplanes gelöst werden. Jede Geschädigtengruppe soll zu ihrem Recht kommen und das Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte steht vor der Aufgabe, ein Motor dieser Sozialplanung zu sein. Für diese Aufgabe hat der Bundeskanzler eine personelle Lösung gefunden, die auch bei den Vertriebenenverbänden auf Widerstand gestoßen ist. Wir halten nichts von der Fortsetzung der bisherigen Politik im Bundesvertriebenenministerium, die sich vor allem auf die Sicherung der Publicity für einen vereinsamten Chef konzentriert. Es genügt nicht, die Spätheimkehrer in Friedland willkommen zu heißen und dann den Ländern die Sorge um die Einzelschicksale zu überlassen, für die sich dann keine Wochenschau interessiert. Prüfstein aller Versicherungen der Bundesregierung ist das Schicksal der betroffenen Menschen. Die Eingliederung der Heimatvertriebenen ist noch nicht abgeschlossen. Insbesondere ist die Eingliederung in die Landwirtschaft unbefriedigend geblieben. Über 150 000 Siedlungswilligen muß geholfen werden. Aber weder die gesetzlichen Grundlagen noch die notwendige Planung auf lange Frist sind erkennbar. Ich erinnere an die angekündigte Aufstellung eines großen Planes für die Vertriebenen, der die Gesamtplanung für die Eingliederung der 150 000 Siedlungswilligen und die Bereitstellung der dazu notwendigen Mittel sichern soll."

Vielleicht wird die neue Bedrückung und die neue Not der vertriebenen und geflüchteten Landwirte mahnend wirken, und das Ministerium für Vertriebene und Flüchtlinge veranlassen, Ehrgeiz auf dem zuständigen und verantwortlichen Gebiet zu entwickeln.

18. März 1960

Widerwillen gegen Appell des Kanzlers

Mit der Bitte, den nachstehenden Protest weiteren Kreisen zugänglich zu machen, wurde uns folgender Brief zur Verfügung gestellt.

D. Red.

An den

Fachverband Ziegelindustrie
Südrheinland und Rheinhessen e.V.

Birkenfeld/Nahe

Betr.: Appell des Bundeskanzlers zur Frage der Preis- und Lohnentwicklung.

Sehr geehrte Herren!

Von dem Appell des Bundeskanzlers haben wir mit Widerwillen Kenntnis genommen.

Es ist uns unverständlich wie ein solcher Mann, der sich in den Vordergrund für die Einführung einer Heizölsteuer gestellt hat, gleichzeitig einen solchen Appell an die Arbeitgeber richtet. Dieses Vorgehen hat mit Wahrhaftigkeit nichts mehr zu tun.

Wenn unser Betrieb, als mittelständischer Industriebetrieb für die Einführung der Heizölsteuer von DM 30,-- p/t für schweres Heizöl eine jährliche Mehrbelastung von DM 65.000,-- hinnehmen muß - das bedeutet ca 5 Prozent des Gesamtumsatzes - empfohlen von einer Regierung, der der Bundeskanzler vorsteht, so ist das eine ernsthafte Existenzgefährdung unseres Betriebes und stellt damit eine Gefahr dar, daß 100 Beschäftigte mit ihren Familien ihren Arbeitsplatz verlieren.

Von einer solchen Regierung, die sich vor solche Maßnahmen stellt, verbitten wir uns, in Appellen über unsere Verantwortung zur Preisentwicklung angesprochen zu werden. Wir haben schließlich unseren Betrieb wesentlich automatisiert und im Rahmen des gewünschten technischen Fortschritts auf Heizöl umgestellt, um gegebenenfalls Preissenkungen vornehmen zu können. Diese Möglichkeit ist uns nunmehr genommen, darüber hinaus sind wir gezwungen, Preiserhöhungen statt Preissenkungen vorzunehmen. Es bleibt nur zu hoffen, daß mit den nächsten Wahlen einer solchen Regierung die Basis für eine so verantwortungslose Wirtschafts-Politik entzogen wird.

Wir wären dankbar, wenn Sie unsere Stellungnahme hierzu weiteren Kreisen zugänglich machen.

Mit freundlichen Grüßen
EDELHOFF K.G.

gez.: Edelhoff

+ + +

Bonn und Südafrika

sp - In Übereinstimmung mit den Beschlüssen des sechsten Weltkongresses des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) hat der Deutsche Gewerkschaftsbund seine Mitglieder aufgefordert, im Monat April als Zeichen des Protestes gegen die Rassenpolitik Südafrikas südafrikanische Waren nicht zu kaufen. Dieser Beschluß ehrt den DGB. Gerade wir Deutsche, die wir aus eigener jüngster Vergangenheit die Folgen der wahnwitzigsten Form des Rassenhasses und der Einschränkung demokratischer Freiheiten erfahren haben, müssen in der ersten Reihe jener stehen, die dem Unrecht entgegenwirken, wo auch immer es sein Haupt erheben mag! In einem Schreiben an die Bonner Botschaft begründete der Vorsitzende des DGB, Willi Richter, den Boykottaufruf der deutschen Gewerkschaften, gleichzeitig appellierte er an die südafrikanische Regierung, den derzeitigen unwürdigen Zustand zu beenden und dem afrikanischen Volk völlige Gleichberechtigung ohne Unterschied der Rasse zu gewähren und den afrikanischen Arbeitnehmern das Recht auf Kollektivverhandlungen und freie gewerkschaftliche Rechte zu geben. Die Politik Südafrikas verstößt gegen alle in den Satzungen der Vereinten Nationen enthaltenen elementaren Menschenrechte. - Die Bonner Botschaft Südafrikas, statt den Protest weiterzuleiten, beschwerte sich nun beim Bonner Auswärtigen Amt. Das Auswärtige Amt hätte in diesem Falle seine Unzuständigkeit erklären können, denn niemand kann es den Gewerkschaften verwehren, ihre Solidarität mit Unterdrückten zu bekunden. Das Auswärtige Amt jedoch hielt es für notwendig, der Bonner südafrikanischen Botschafter ausdrücklich das Bedauern über den Gewerkschaftsaufruf auszusprechen. Der Boykott richte sich, heißt es in offiziellen Bulletin, gegen ein mit der Bundesrepublik befreundetes Land (!), was umso bedauerlicher sei, als "die südafrikanische Regierung ein besonderes Verständnis für die Probleme der Wiedervereinigung bewiesen habe" und außerdem intensive Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern bestünden. - Schweigen wäre hier besser gewesen. Auf die Freundschaft Südafrikas braucht Bonn nicht stolz zu sein, es ist die Freundschaft eines Landes, dessen unmenschliche Rassenpolitik eine Herausforderung des Gewissens ist.

+ + +

Das Dritte Reich und seine Legenden

sp - Unter diesem Titel bringt die sozialdemokratische Wochenzeitung "Vorwärts" in ihrer letzten Ausgabe eine Beilage, deren Inhalt sich mit den wieder üppig ins Kraut schießenden Legenden des Tausendjährigen Reiches mit der gebotenen Schärfe auseinandersetzt. Die unbewältigte Vergangenheit wird hier in allen ihren Aspekten mit kritischer Sonde beleuchtet, und es wird in Erinnerung gerufen, wie politisches Verbrechen, leichtfertiger Dilettantismus, verblendeter Wahnwitz, Menschenfeindschaft, Rassenhaß, Gewinn gier und blinde Eroberungswut zusammenwirkten, um Deutschland und Europa ins Verderben zu reißen. Über jene schrecklichen, schändlichen Jahre legt sich heute bei vielen die Schicht des Vergessens, viele wollen nicht mehr wahrhaben, daß das, was geschah und wie es geschah, in Gegenwart und Zukunft hineinwirkt. Um mit dem Heute und Morgen fertig zu werden, müssen wir jedoch tief in die jüngste Vergangenheit loten. Solches Bemühen schärft das Urteil über die Vergangenheit und klärt die Verantwortung für das Hier und Jetzt. Der "Vorwärts" und seine Mitarbeiter sind zu dieser Beilage zu beglückwünschen. Solche Dokumentationen sind unerläßliche Hilfsmittel zur politischen Bewußtseinsbildung.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel